

05.10.2020

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP**

Konsequenter Kampf gegen rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei – Dunkelfeld weiter aufhellen

Sowohl beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz wie auch bei der Polizei in Berlin sind am Donnerstag weitere fremdenfeindliche Umtriebe bekannt geworden, so berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 02.10.2020. Bereits Mitte September waren 30 Beamte der Polizei NRW vom Dienst suspendiert worden, weil sie in privaten Chatgruppen rechtsextremistische Propaganda ausgetauscht hatten. Darüber hinaus steht derzeit noch ein weiterer Polizeibeamter aus Bielefeld unter Verdacht, rechtsextremistisches Material in einer Chatgruppe an rund 50 weitere Personen verbreitet zu haben.

Die jetzigen Erkenntnisse zeigen sehr deutlich, dass die jetzigen Bestrebungen des nordrhein-westfälischen Innenministeriums bereits erste Früchte tragen. Sowohl bei den nordrhein-westfälischen Verfassungsschützern als auch in Berlin waren es Kollegen, die Hinweise auf rechte Umtriebe meldeten. Laut Presseberichterstattungen wendeten sich beispielsweise in Berlin Polizeibeamte anonym an die ARD-Sendung „Monitor“. In NRW erhielten ebenfalls Kollegen eindeutige Nachrichten, die sie zu entsprechenden Hinweisen ermutigt haben.

Die klare Haltung des Ministers des Inneren zur Stärkung einer Kultur der Verantwortung und des Hinschauens zeigt erste Wirkungen. Schweigen und Wegschauen müssen ein Ende haben. Deshalb ist es an erster Stelle wichtig, genau diesen Weg weiter zu gehen und forcieren.

Bei polizeilichen Einsätzen, gerade wenn Leben und Gesundheit der Kollegen auf dem Spiel stehen, ist Zusammenhalt und Kameradschaft unverzichtbar. Rechtsfeindliche oder sogar rechtsextremistische Gesinnungen haben in unserer Gesellschaft genau wie in der Polizei keinen Platz. Doch für Korpsgeist gibt es Grenzen, insbesondere bei einem Exekutivorgan, das unseren Rechtsstaat verteidigt und schützt. Die Bewahrung unserer Werte sind wichtiger als falsch verstandene Solidarität. Vielmehr sind rechtsextreme Anzeichen und offene Meinungskundgaben von Polizeibeamtinnen oder -beamten mit besonderer Sensibilität zu erkennen und mit Nachdruck, Konsequenz und harter Hand zu verfolgen.

Die Landesregierung und der Minister des Inneren stehen für diese konsequente und unverrückbare Haltung. Durch die Einführung von Extremismusbeauftragten in jeder Polizeibehörde, die Durchführung einer Sonderinspektion im PP Essen sowie durch die Einrichtung eines Sonderbeauftragten für rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW inkl. einer entsprechenden Stabstelle wird den rechtsextremistischen Bestrebungen innerhalb

Datum des Originals: 05.10.2020/Ausgegeben: 05.10.2020

der Polizei der Kampf angesagt. Durch die Einführung der Beauftragten steht allen Beamtinnen und Beamten nunmehr neben dem Polizeibeauftragten eine weitere Möglichkeit zur Verfügung, Hinweise auf weitere mögliche rechtsextreme Gesinnungen außerhalb des Dienstweges mitzuteilen.

Zu begrüßen ist darüber hinaus die heutige Ankündigung des Ministers des Innern in der Rheinischen Post, im Kampf gegen Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden wissenschaftliche Untersuchungen zu einzelnen Fragestellungen in Auftrag zu geben, damit aus diesen Untersuchungen konkrete Handlungen und Maßnahmen abgeleitet werden können.

Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die ihren Dienst im Sinne ihres Eides verrichten und die sich damit für den Rechtsstaat einsetzen, gilt unsere Solidarität und unser Respekt. Diese Haltung gilt es zu verdeutlichen und zu bestärken. Daher muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne

und Fraktion